

CHRISTIAN DILLER/KARL-HERMANN HÜBLER

Raum- und siedlungsstrukturelle Probleme und Konzepte für die peripheren ländlichen Gebiete im Lande Brandenburg

Kurzfassung

Nach einer Bezeichnung der peripheren Gebiete Brandenburgs werden in dem Beitrag die Ausgangssituation und die Entwicklungsperspektiven dieser Regionen skizziert. Diese Entwicklungsmöglichkeiten werden vor dem Hintergrund der Standortsituation, der Potentiale und der Abwanderungen skeptisch eingeschätzt. Sodann werden zwei in Brandenburg favorisierte Entwicklungsmodelle – zentrale Orte und Entwicklungszentren – vorgestellt und kritisch beleuchtet. Schließlich wird im Schlußteil des Beitrags für eine stärkere regionale Betrachtungsweise und für eine Neudefinition der Norm der Schaffung von gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Teilräumen plädiert.

Die peripheren ländlichen Gebiete in Brandenburg

Mit der Wiedervereinigung sind erneut Fragestellungen für zurückgebliebene Gebiete ins Blickfeld der Raumplanung gerückt, die in Westdeutschland in den 60er und 70er Jahren in Politik, Praxis und Wissenschaft heftig diskutiert, dort aber in der Folgezeit partiell gelöst wurden, weil es gelang, regionale Disparitäten weitgehend zu verringern oder partiell gar zu beseitigen. Diese Fragestellungen stellen sich nun erneut für weite Gebiete von Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern.

Am Beispiel Brandenburgs soll diskutiert werden, welche Restriktionen derzeit bestehen und welche Lösungsmöglichkeiten sich anbieten.

Als "periphere Regionen" Brandenburgs werden in erster Linie die 40–80 km von Berlin entfernten Landkreise des "Agrargürtels" bezeichnet. Typische gemeinsame Strukturmerkmale dieser 16 Landkreise, die über 42 % der Fläche, aber mit 540 000 nur über 21 % der Einwohner Brandenburgs verfügen sind (1):

- eine niedrige Bevölkerungsdichte; gegenüber dem Brandenburger Durchschnitt von 89 Einwohner je km² liegt sie hier in der Spannbreite zwischen 36 und 62 Einwohnern je km² und
- ein vor 1989 hoher Anteil von Beschäftigten in der Landwirtschaft; er lag hier zwischen 26 % und 46 % gegenüber dem Brandenburger Landesdurchschnitt von 15 %.

Neben diesen typischen ländlichen Kreisen kann auch eine Reihe von Kreisen als "peripher" eingestuft werden, die zwar durch mittlere und größere Industriebetriebe geprägt waren, jedoch nicht den Verdichtungsgrad typischer Industrieregionen aufweisen, wie etwa Perleberg, Wittstock und Luckenwalde. Aus einer berlinzentrierten Sichtweise werden schließlich sogar größere Industriegebiete wie Eberswalde, Neuruppin und Schwedt, im Extremfall sogar die Regionen von Cottbus und Frankfurt/Oder als "peripher" bezeichnet. Je nach Definition wären damit 40 % bis zu 70 % der Landesfläche mit 20 % bis über 50 % der Bevölkerung Brandenburgs als zu "peripheren Gebieten" zugehörig zu benennen. Diese Größenordnungen machen die Bedeutung dieser Gebiete für die Landespolitik deutlich.

Wirtschaftliche und demographische Umstrukturierungsprozesse

Eine Gemeinsamkeit in der Entwicklung dieser Gebiete in den letzten drei Jahren war die Umstrukturierung der Landwirtschaft. Angesichts ungünstiger landwirtschaftlicher Produktionsvoraussetzungen – in weiten Bereichen liegen die Bodenwertzahlen unter 30 – wurde bereits 1991/92 ein Teil der landwirtschaftlich genutzten Flächen stillgelegt. Gleichzeitig wurden im primären Sektor in Brandenburg fast 80 % der ehemals 187 000 Arbeitsplätze abgebaut. Zwar ist dieser Beschäftigungsabbau mittlerweile weitgehend abgeschlossen, nicht jedoch der Prozeß der Privatisierung der ehemaligen LPG's und der volkseigenen Güter. Absehbar ist, daß weite Teile dieser Flächen an auswärtige Großunternehmen verkauft werden. Diese Trennung von Eigentum und Bewirtschaftung wird zu weiteren Funktionsverlusten des "Wirtschaftsstandortes Dorf" gerade in den peripheren Gebieten führen.

Positiv verlief dagegen die Entwicklung des Handels, vor allem aber auch des Handwerks- und Baubereichs. Zum Teil sind die Beschäftigungszuwächse in Bau- und Handwerksbetrieben durch Ausgründungen entsprechender Funktionsbereiche aus den LPG's zu erklären. Vor allem aber erwiesen sich die vorhandenen Kleinbetriebe dieser Branchen als sehr anpassungsfähig, sie erweiterten ihre räumlichen Einzugsbereiche und damit ihre Absatzmärkte. Insgesamt können jedoch die Zuwächse im Handwerksbereich die Arbeitsplatzverluste der Landwirtschaft auch nicht annähernd kompensieren.

Dramatischer noch als in den überwiegend durch die Landwirtschaft geprägten Gebieten entwickelte sich die Arbeitsplatzsituation in jenen peripheren Gebieten, in denen neben der Landwirtschaft auch mittel- bis großindustrielle Strukturen kennzeichnend waren: Kreise wie Rathenow (60 000 Einwohner), wo alleine in zwei Großbetrieben (Märkische Faser Premnitz, Optikwerke Rathenow) über 10 000 Industriearbeitsplätze verloren gingen, sehen sich derzeit ihrer ökonomischen Basis fast vollständig beraubt; in Industriestädten wie Eberswalde und Wittenberge, vor allem in den Braunkohle- und Industrieregionen im Süden des Landes, stellt sich die Situation kaum besser dar.

Diese gravierenden wirtschaftlichen Strukturumbrüche führten zu Abwanderungen, zuerst und vor allem von jungen und qualifizierten Arbeitskräften, sowie zu Geburtenrückgängen und steigenden Arbeitslosenzahlen:

- Insgesamt betrug der negative Wanderungssaldo Brandenburgs im Zeitraum Dezember 1990 bis April 1992 24 000 Personen, davon knapp 6 000 in den Kreisen des Agrargürtels, gut 8 000 in der Braunkohleregion und ca. 10 000 in den peripheren industriellen Kreisen. Nicht verwunderlich stiegen die Abwanderungsraten mit zunehmender Entfernung von Berlin an und waren in den nordwestlichen und nordöstlichen Randkreisen des Landes sowie im Braunkohlenrevier im Süden am stärksten. Sie lagen dort zwischen 2 % und 5 %. Dabei sind keine signifikanten Unterschiede in den Abwanderungsraten

zwischen landwirtschaftlich und industriell geprägten peripheren Regionen festzustellen.

- Fast ebenso stark wie die direkten Abwanderungen wirkten sich die sinkenden Geburtenraten aus. Langfristig wird vor allem für die Entwicklung der bislang landwirtschaftlich geprägten Kreise dieser Überalterungseffekt bedeutsamer sein als der Abwanderungseffekt.
- Unter den geringer beruflich Qualifizierten, die am Ort verblieben, stiegen die Arbeitslosenquoten. Zum Teil höher noch als die Quote der offenen Arbeitslosigkeit – aktuell im Bereich zwischen 16 % und 24 % – ist die durch Arbeitsbeschaffungs-, Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen verdeckte Arbeitslosigkeit, so daß in einigen Regionen die faktischen Arbeitslosenraten die 50 %-Marke fast erreichen.

Ungünstige differenzierte Entwicklungsperspektiven

Insgesamt müssen die zukünftigen Entwicklungsperspektiven der peripheren Regionen skeptisch eingeschätzt werden, wenn auch in unterschiedlichem Maße. Dabei beeinflußt nicht unbedingt die Entfernung zu Berlin und zu seinem engeren Verflechtungsraum die zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten der Kreise, sondern es werden Faktoren wie Naturraumqualitäten, vorhandene Arbeitskraftpotentiale, vor allem aber überregionale Verkehrsanbindung entscheidend sein:

Besonders ungünstig stellt sich die Zukunft für jene bislang fast ausschließlich durch Landwirtschaft geprägten Kreise dar, die aufgrund ihrer ungünstigen Lage und Verkehrsanbindung eine weiterhin geringe Attraktivität für Industrie- und Gewerbeansiedlungen aufweisen und in denen die naturräumlichen Potentiale angesichts ausgeräumter Agrarlandschaften, fehlender Gewässer und Waldflächen zu gering sind, um Entwicklungsmöglichkeiten im Tourismus und der Naherholung zu bieten, wie etwa im Kreis Kyritz in der Nordwestregion Brandenburgs. Vor allem in diesen Regionen ist weiterhin mit zwar langsamen, aber kontinuierlichen Abwanderungsprozessen und damit einer zunehmenden Überalterung zu rechnen.

Fast ebenso skeptisch sind die wirtschaftlichen Entwicklungsperspektiven für die Braunkohleregion und die altindustrialisierten peripheren Kreise einzuschätzen, die vor allem aufgrund einer ungünstigen überregionalen Straßenverkehrsanbindung und hoher Wiedernutzungsprobleme auf den industriellen Altflächen eine geringe Attraktivität für gewerbliche Investitionen aufweisen, wie etwa die Kreise Perleberg und Rathenow. Diese Regionen drohen daher kurzfristig ihren wichtigsten Standortfaktor, das Potential qualifizierter Arbeitskräfte, durch weitere Abwanderungen zu verlieren.

In Kreisen der Uckermark, des Fläming und im Oderbruch stellen sich die Entwicklungsperspektiven der Landwirtschaft relativ günstiger dar, jedoch ist auch hier der Beschäftigtenabbau in der Landwirtschaft nicht anderweitig zu kompensieren.

Etwas besser ist die Situation für Regionen mit guten naturräumlichen Qualitäten wie im Bereich der Ruppiner Seenplatte, der Schorfheide und dem Spreewald einzuschätzen. Hier könnte eine Entwicklung im sanften Tourismus und der Landespflege eine Reihe von Arbeitsmöglichkeiten ergeben, ohne allerdings die Arbeitsplatzverluste der Landwirtschaft voll auffangen zu können. Daher werden auch hier voraussichtlich weitere Abwanderungen und eine allmähliche Überalterung die Folge sein.

Eine Stabilisierung im Bereich des Beschäftigtenniveaus vor 1989 ist eher in den Kreisen zu erwarten und zum Teil bereits abzusehen, in denen bedingt vor allem durch eine günstige Verkehrsanbindung gewisse gewerblich-industrielle Entwicklungspotentiale bestehen: Standorte an den Autobahnen Berlin–Hamburg/Rostock wie Wittstock und Pritzwalk und Berlin–Leipzig wie Belzig weisen heute deutlich höhere Gewerbeflächenausweisungen auf als verkehrsgünstiger gelegene ländliche Kreise – ohne freilich die Dimensionen der Standorte im engeren Verflechtungsraum zu erreichen. Allerdings überwiegen in der Nutzerstruktur dieser Areale derzeit noch flächenintensive Betriebe, nicht selten mit rein logistischen Funktionen. Niedrige Flächenkennziffern von nur fünf Beschäftigten je ha sind selbst in unmittelbaren Autobahnlagern keine Seltenheit; es besteht die Gefahr, daß eine geringe Zahl von Arbeitsplätzen mit hohen Flächenversiegelungen und Infrastrukturaufwendungen ökologisch und fiskalisch teuer erkauft wird.

Mit der jetzt in Brandenburg vom Landtag beschlossenen Kreisreform, nach der Großkreise gebildet werden, wird zwar versucht, die Ausgleichsfunktionen von Landkreisen als Instrument der Regionalentwicklung mit zu mobilisieren, indem zumeist Kreiszuschnitte gewählt wurden, die auf Berlin weisen. Die finanzielle Basis dieser neuen Kreise wird allerdings auf absehbare Zeit so schwach sein, daß sie diese Ausgleichsfunktion nur begrenzt wahrnehmen können.

Wie stellen sich vor diesem Hintergrund nun die Handlungskonzepte der Landes- und Regionalplanung in Brandenburg und Berlin dar? Nachdem die Diskussion zunächst vor allem auf die Kernstadt und ihren engeren Verflechtungsraum beschränkt war, rückten im Laufe der letzten beiden Jahre die ländlichen Gebiete zunehmend in den Blickpunkt des politischen und planerischen Interesses.

Zu unterscheiden sind zwei Instrumentenebenen, die, obwohl ihnen verschiedene theoretische Konzepte zugrunde liegen und sie durchaus gegenläufige Konsequenzen haben können, in der Diskussion bislang nicht deutlich voneinander getrennt wurden: zentrale Orte und regionale Entwicklungszentren.

Zentrale Orte

Mit dem Instrument der zentralen Orte sollte das Postulat auf Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Teilräumen vor allem in jenen Versorgungsbereichen angestrebt werden, auf die die öffentliche Hand Einfluß hat. Es handelt sich dabei im wesentlichen um ortsfeste Einrichtun-

gen der Infrastruktur. Das Brandenburger Vorschaltgesetz zur Landesplanung (2) bezeichnet mit Potsdam, Frankfurt/Oder, Cottbus und Brandenburg lediglich die Oberzentren sowie vorläufig einige Mittelzentren. Die endgültige Festsetzung der Mittelzentren ist derzeit noch nicht abgeschlossen, ebenso die der Grundzentren.

Vor allem die dünne Besiedlung der ländlichen Gebiete läßt Zweifel aufkommen, ob sich der grundsätzliche Anspruch einer flächendeckenden ortsfesten Versorgung, wie er im Brandenburger Vorschaltgesetz gefaßt ist, aufrechterhalten läßt. Die üblicherweise angesetzten zumutbaren Entfernungen für mittelzentrale Funktionen (30 Auto- und 60 ÖPNV-Minuten) ergeben Einwohnereinzugsbereiche, die in Teilen des Nordwestens, Nordostens und Südwestens des Landes eine Tragfähigkeit entsprechender Einrichtungen bereits jetzt nicht mehr gewährleisten.

Im Bereich der grundzentralen Versorgung kann zur Zeit zwar auch in den dünnbesiedelten Regionen wie im Nordwesten eine ortsfeste Versorgung auf oft niedrigen Standards innerhalb von 15 Auto- und 30 ÖPNV-Minuten sichergestellt werden. Vor dem Hintergrund der hier auch im günstigen Falle nicht zu verhindernden Einwohnerrückgänge ist jedoch für eine Reihe von Grundzentren die Tragfähigkeit in Zukunft nicht mehr zu gewährleisten.

Regionale Entwicklungszentren

Stärker noch als Zentrale-Orte-Konzepte steht derzeit das Prinzip der dezentralen Konzentration, konkreter das Modell der Regionalen Entwicklungszentren, im Blickpunkt der Diskussion (3). Dabei ist die entscheidende und noch nicht abschließend geklärte Frage, welche Potentiale wie weit zu konzentrieren oder zu dezentrieren sind. Mit Neuruppin, Eberswalde, Lübben/Lübbenau, Luckenwalde/Jüterbog sind seit Ende 1992 jene Regionalstädte definiert, die zusammen mit den Oberzentren Brandenburg und Frankfurt/Oder einen Städtekrans ("dritter Ring") in einer Distanz von etwa 60 km von Berlin bilden sollen.

Die Förderung dieser Regionalstädte – das Instrumentarium ist noch nicht definiert, wird jedoch vermutlich vor allem in der dezentralen Konzentration von Landeseinrichtungen und verstärkter Förderung gewerblicher Ansiedlung, flankiert durch Wohnungsbau und Verkehrserschließungsmaßnahmen (Regionalschnellbahnen), bestehen – soll zwei Zielen dienen:

- Zum einen soll Entwicklungsdruck aus dem engeren Verflechtungsraum Berlins gelenkt werden, um einer Zersiedlung des Berliner Umlandes vorzubeugen;
- zum anderen soll mit der Stärkung dieser regionalen Arbeitsplatzzentren eine nachhaltige Stabilisierung der ländlichen Gebiete erreicht werden.

Die Kritik in Brandenburg und Berlin an dem Regionalstadtmodell, das einerseits ebenso plastisch und eingängig wie andererseits theoretisch und empirisch problematisch ist, bezog sich bislang vor allem auf das erstgenannte Ziel, das mehr oder minder explizit von einem Wachstum der Gesamtregion ausgeht. Interessant ist aus der Sicht der

peripheren Regionen jedoch vor allem die bislang weniger problematisierte zweite Zielsetzung des Modells, die eher das Moment der Stabilisierung betont.

Hervorzuheben ist der Unterschied des Modells der Entwicklungszentren zum Zentrale-Orte-Konzept einer flächendeckenden Versorgung mit Einrichtungen und Arbeitsplätzen, der durchaus praktische Konsequenzen haben kann: Vor dem Hintergrund begrenzter Ressourcen wird ausdrücklich die Konzentration der Kapazitäten auf ausgewählte Zentren in ländlichen Regionen vorgesehen; die zumindest vorübergehende Benachteiligung der kleineren Orte und anderer Zentren ist damit mehr oder minder deutlich akzeptiert. Dennoch verbinden sich mit dem Konzept der Regionalen Entwicklungszentren Hoffnungen für alle ländlichen Orte bzw. die jeweiligen Teilregionen:

1. Im günstigsten Fall vollzieht sich in den Entwicklungszentren kurz- bis mittelfristig eine Eigendynamik, die später auch die kleineren Orte, letztlich sogar die einzelnen Siedlungen erfaßt ("Spill-Over-Effekt") und dort zur Stabilisierung von Einwohner- und Wirtschaftsstruktur führt.

2. Im zweitgünstigsten Fall entwickeln sich zumindest stabile Pendelbeziehungen zwischen den Regionalen Entwicklungszentren, die als Regionale Arbeitsmarktzentren fungieren und den kleineren ländlichen Städten und Dörfern, die sich dann zunehmend zu Wohnstandorten entwickeln sollen und dadurch zwar ihre Funktion als Wirtschaftsstandort weiter verlieren, aber zumindest die Einwohner halten können.

3. Die mindestens erwartete Wirkung des Konzeptes der Regionalstädte ist die einer "passiven Sanierung" von ländlichen Gebieten, die aber kleinräumig begrenzt und so gelenkt werden kann, daß die Abwanderungen und Verluste von Einwohnern und Arbeitsplätzen in Dörfern und Kleinstädten in den expandierenden Regionalen Entwicklungszentren aufgefangen werden. Innerhalb der ländlichen Gebiete ergäben sich damit zwar Verschiebungen, die Regionen als Ganzes blieben jedoch stabil, und der Entwicklungsdruck auf den Berliner Verflechtungsraum wäre abgemildert.

Gegen die aus diesem Modell erweckten Erwartungen sprechen gewichtige Argumente:

1. Auch bei deutlich verbesserter Konjunktur und konsequenter begrenzter Entwicklung im engeren Verflechtungsraum werden auch langfristig die Entwicklungspotentiale der gesamten Region Berlin-Brandenburg mit Sicherheit nicht ausreichen um – von Ausnahmefällen abgesehen – die kleinen Siedlungen oder gar die Dörfer Brandenburgs, die noch deutlich schlechtere Standortfaktoren aufweisen als die Regionalen Entwicklungszentren, zu erreichen. Die angesichts der Strukturanpassungen der Landwirtschaft ohnehin unrealistischen Forderungen, nach denen generell der "Wirtschaftsstandort Dorf" erhalten werden soll, sind mit dem Konzept der Regionalen Entwicklungszentren mit Sicherheit auch langfristig nicht einzulösen.

2. Die Entfernungen zwischen den Entwicklungszentren und den ländlichen Orten sind – auch bei verbesserter

Verkehrsanbindung – zu groß, um den Aufbau stabiler Pendelbeziehungen zu gewährleisten. Auch als Wohnstandort werden die Dörfer, vermutlich auch die kleinen ländlichen Städte, weitere Funktionen verlieren.

3. Unwahrscheinlich ist auch, daß die Entwicklungszentren als "Auffangbecken" für Abwanderungen aus den ländlichen Orten fungieren könnten. Abgesehen von ihrer verglichen mit Berlin und seinem Umland oder westdeutschen Regionen auch auf Dauer geringeren Attraktivität müßten diese Städte, um auch nur einen nennenswerten Teil der zu erwartenden Abwanderungen der Kleinstädte und Dörfer aufzufangen, ihre Einwohnerzahlen in kurzer Zeit erheblich erhöhen, z. T. gar mehr als verdoppeln. Eine Stadt wie Neuruppin – derzeit knapp 30 000 Einwohner groß – müßte, wenn die pessimistischen prognostizierten Entwicklungen eintreten, in 10 Jahren fast 40 000 Abwanderungswillige aus den kleinen Orten des Nordwestraumes von Brandenburg auffangen. Ein solches rapides Wachstum wäre planerisch kaum zu steuern und daher auch nicht wünschenswert.

Deutlich wird in jedem Fall, daß die derzeit definierten Regionalstädte alleine für eine Stabilisierung weiter Teile der ländlichen Regionen (Prignitz, Uckermark, Fläming) nicht ausreichen. Um Entwicklungsimpulse in diese Regionen zu lenken, müßte das Prinzip der Konzentration aufgeweicht werden: fraglich ist, bis zu welchem Grad? Zumutbare Pendelentfernungen bestanden vor 1989 in der Regel zwischen den kleinen ländlichen Orten und den derzeitigen Kreisstädten. Um jedoch alle diese Städte (neben den bereits feststehenden regionalen Entwicklungszentren wären dies etwa 25 weitere Städte) als regionale Arbeitsplatzzentren zu entwickeln, reichen jedoch wiederum Infrastruktur, Potentiale und Wachstumsressourcen des Landes nicht aus.

Bereits die Stabilisierung der festgelegten Regionalstädte erscheint angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen als ein hochgestecktes Ziel. Dabei besteht vor allem für die kleinen Regionalstädte (Neuruppin, Lübben/Lübbenau, Luckenwalde/Jüterbog) die Gefahr, sich zum bloßen Vorort für Einpendler nach Berlin zu entwickeln, ein Trend, der durch einen Regionalbahnanschluß sogar noch begünstigt würde. Im großräumigen Maßstab überwiegen – und daran wird sich auch mittelfristig nichts ändern – in Orten wie Neuruppin, Eberswalde, Luckenwalde/Jüterbog, Lübben/Lübbenau die komparativen Vorteile als Wohnstandort die Vorteile als Gewerbestandort.

Zu wenig berücksichtigt ist in der aktuellen Diskussion um den Grad der Dezentralisierung der Entwicklungsimpulse die Tatsache, daß nicht nur im engeren Verflechtungsraum, sondern auch in den ländlichen Regionen zentrale Planungs- und Standortentscheidungen bereits gefallen sind. Vor allem gilt dies für Gewerbeflächenausweisungen: Verkehrsgünstige Standorte wie etwa Wittstock und Pritzwalk an der Autobahn Berlin-Hamburg oder im Landkreis Belzig entlang der Autobahn Berlin-Leipzig stellen ernstzunehmende Konkurrenten für die Regionalstädte – in diesem Fall Neuruppin und Brandenburg/Luckenwalde/Jüterbog – dar.

Perspektiven

Eine Vielzahl von Gutachten und Stellungnahmen sind in den letzten Jahren zur Landes- und Regionalentwicklung Brandenburgs erarbeitet worden, in denen Utopien und unrealistische Entwicklungsperspektiven formuliert werden. Viele Autoren haben gedanklich jene Konzepte der 60er und 70er Jahre aus Westdeutschland transformiert und übersehen, daß

- die raum- und siedlungsstrukturellen Ausgangsbedingungen in Brandenburg völlig andere waren als jene damals in der Eifel, im Emsland oder in Westmittelfranken;
- sich auch die demographischen, ökonomischen und sozialen (mental)en Determinanten völlig unterscheiden und
- seit 1989 Fakten (Sachzwänge) geschaffen wurden (Abstimmung mit den Füßen durch Abwanderungen),

die eine Realisierung dieser Konzepte noch unwahrscheinlicher werden lassen. So stellt sich auch die Frage, ob es für einen mittelfristigen Zeitraum den jetzt dort noch lebenden Menschen gegenüber fair und politisch verantwortbar ist, Utopien zu verkünden, die nach Lage der Dinge für diese Generation nicht realisierbar sind?

Zu fragen ist deshalb, ob die Landesregierung sich auf ein solches utopisches Konzept festlegen soll? Ist es nicht notwendig, auch die Interessen der Regionen, die unmittelbar betroffen sind, zu formulieren und in den Entscheidungsprozeß einzubringen?

Die nach der Wende in Brandenburg eingerichteten Aufbaustäbe waren ein Weg in diese Richtung. Die jetzt die Entwicklung behindernden Diskussionen über die Verwaltungsgebietsreform, die Abgrenzung in Regionen oder die Organisation der Regionalplanung sollten zügig beendet und den Regionen sollte hinreichend Anschubhilfe gewährt werden, damit diese ihre Optionen in Kenntnis der Potentiale formulieren und mit den Menschen gemeinsam umsetzen können. Das regionale Entwicklungszentrum Frankfurt

wird dabei mit einer Europa-Universität und den Standortbedingungen an der Grenze andere Optionen zu formulieren haben als Neuruppin oder Luckenwalde. Zentrale Rezepte dazu sollten ebenso vermieden werden wie westdeutsche Kopien. Über mobile Einrichtungen der Versorgung wird dabei ebenso nachzudenken sein wie über die Integration des formellen Sektors als Entwicklungspotential auf regionaler und lokaler Ebene. Das Postulat in den gleichwertigen Lebensbedingungen wird – und das betrifft nicht nur die peripheren Gebiete Brandenburgs – anders und neu zu definieren sein als seither (4).

Anmerkungen

(1) Landkreise Pritzwalk, Kyritz, Brandenburg/Land, Eisenhüttenstadt/Land, Belzig, Seelow, Beeskow, Bad Freienwalde, Angermünde, Prenzlau, Templin, Gransee, Jüterbog, Herzberg, Luckau, Lübben

(2) Vorschaltgesetz zum Landesplanungsgesetz und Landesentwicklungsprogramm für das Land Brandenburg vom 6. Dezember 1991, GVBl., 2. Jg., Nr. 43

(3) Vgl. auch Stroschein, C.: Die Landschaft und Berlin. Gedanken über eine gemeinsame polyzentrische Landesentwicklung Brandenburg/Berlin. Hrsg.: Staatskanzlei des Landes Brandenburg. – Berlin 1993

(4) Vgl. auch: Raumordnungspolitische Orientierungsrahmen des BMBau, Leitbilder für die räumliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. – Bonn 1993, S. 24

*Dipl.-Ing. Christian Diller
Prof. Dr. Karl-Hermann Hübler
Institut für Stadtforschung
und Strukturpolitik GmbH
Lützowstraße 93
10785 Berlin*